

Abschied nehmen von Goh Keng Swee

Der Gründungsvater des modernen Singapur Goh Keng Swee starb am 14.5.2010 nach einer langen Krankheitsphase mit 91 Jahren. Von dem ehemaligen PAP-Minister Othman Wok wurde Dr. Goh als Architekt des erfolgreichen ökonomischen Systems Singapurs geehrt. Sogar kritisch eingestellte Journalisten zollen ihm Tribut für seinen uneigennütigen Einsatz. Als erster Finanzminister und ehemaliger stellvertretender Premier hat Goh eine entscheidende Rolle in der Gestaltung des Stadtstaats gespielt, der es unter seiner Federführung zu Wohlstand gebracht hat. Gleichwohl wenden Kritiker ein, dass ohne den Fleiß und die Strebsamkeit der Bevölkerung die Bemühungen Gohs nicht auf fruchtbaren Boden gefallen wären. Ebenso sei Goh zwar die Implementierung der Wirtschaftspolitiken zu verdanken, erdacht habe sie allerdings der niederländische Ökonom Winsemius. Zudem wird in der aufwändigen und öffentlichkeitswirksamen Beisetzung Gohs ein Schachzug der PAP gesehen, die seinen Tod für ihre eigene Propaganda nutzen möchte, um in der Öffentlichkeit ein Gefühl von Dankbarkeit zu erzeugen und von den Mängeln des Systems abzulenken.

vgl. The Temasek Review, 19.5.: The Straits Times., 20.5.2010

Umweltschutz-Erziehung

Das Nationalpark-Komitee Singapurs hat ein Umweltschutzprogramm der ganz besonderen Art initiiert. Inmitten von Natur lernen Schulkinder seit dem 15.5.2010 die Tiere und Pflanzen des Stadtstaates kennen und bringen dann ihr neu erworbenes Wissen in freiwilligem sozialen Engagement ein.

vgl. The Straits Times., 20.5.2010

Sandschmuggel

Immer größere Mengen des für die riesigen Erweiterungsprojekte Singapurs benötigten Sands kommen offensichtlich auf illegalem Wege in den Stadtstaat. Erst im Januar 2010 wurden eine Reihe von malaysischen Beamten unter dem Verdacht festgenommen, gegen Bestechungsgelder Sandlieferungen an den Nachbarstaat befördert zu haben. Nach Angaben der Regierung Malaysias passieren täglich etwa 700 Lkw beladen mit Sand die Grenze Richtung Singapur. Seit Ende der 1960er Jahre ist die Landfläche Singapurs durch Aufschüttungen um mehr als 20 Pro-

zent gewachsen und der Handel mit dem dafür notwendigen Sand ist ein lukratives Geschäft für Unternehmen in den Nachbarländern. Nachdem Länder wie Indonesien, Kambodscha und Vietnam den Abbau und Verkauf von Sand stark eingeschränkt oder ganz verboten haben, steigt der illegale Handel mit dem begehrten Rohstoff. Immer öfter gibt es Berichte darüber, dass nächtens Millionen Tonnen von Sand an den Küsten Indonesiens und Malaysias illegal abgebaut und nach Singapur geschmuggelt werden.

vgl. The Age (Melbourne), 14.2.2010

Reduzierung der Zahl der Arbeitsmigranten

Singapurs Regierung hat Ende Februar 2010 Pläne bekannt gegeben, nach denen die Zahl der im Stadtstaat beschäftigten Arbeitsmigranten in den kommenden Monaten reduziert werden soll. Nachdem aufgrund der schweren Rezession 2009 eine große Zahl von Menschen ihre Beschäftigung verloren hatten, nahm auch die öffentliche Kritik an der weiterhin hohen Zahl der in Singapur angeworbenen Arbeitsmigranten zu.

Mittlerweile stellen Arbeitsmigranten nahezu ein Drittel aller

Beschäftigten in Singapur. Statt auf eine gesetzliche Quotierung setzten die Behörden Singapurs auf die Erhöhung der *Foreign Worker Levy*, um die Zahl der Arbeitsmigranten mittelfristig zu reduzieren. Dabei soll die Erhöhung in eher kleinen Schritten von zehn bis 30 Singapur-Dollar erhöht werden. Die Steuer wird auf die Beschäftigung von Arbeitsmigranten erhoben und dient seit jeher dazu, ihren Einsatz über erhöhte Kosten einzuschränken.

vgl. AFP, Singapur, 23.2.2010; Channel News Asia, Singapur, 23.2.2010

Eingeschränkte Pressefreiheit

In einem offenen Brief an führende Politiker des Stadtstaates – unter ihnen Premierminister Lee Hsien Loong und sein Vater, der ehemalige Premierminister Lee Kuan Yew – hat der Vorsitzende der Organisation Reporter ohne Grenzen, Jean-Francois Julliard, dazu aufgefordert, auf die in Singapur gängige Praxis kostspieliger Verleumdungsklagen gegen Reporter und Medienunternehmen zu verzichten, mit der die Pressefreiheit im Land deutlich eingeschränkt wird.

Der Brief versteht sich als Reaktion auf die jüngste Klage gegen

den New York Times-Verlag, in dessen internationaler Ausgabe der International Herald Tribune (IHT) im Februar ein kritischer Artikel zu politischen Dynastien in Singapur erschienen war. Das Verlagshaus hatte sich bei den führenden Politikern Singapurs für die Darstellungen in dem Artikel entschuldigt, nachdem es durch ein Gericht des Stadtstaates zu einem Schadenersatz in Höhe von umgerechnet 114.000 US-Dollar verurteilt worden war.

vgl. AFP (Singapur); 26.3.2010